

Die Ostdeutschen als ‚Verlierer‘ der deutschen Einheit: Wirklichkeit oder Cliche?

Ost- und Westdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam

Barbara Marshall
Norwich

Die Literatur zum Transformationsprozess an den ostdeutschen Universitäten nach der Vereinigung von 1990¹ stimmt weitgehend darin über ein, dass diese mit teilweise tiefen Umstrukturierungen und beträchtlichen Entlassungen, vor allem im Mittelbau, d.h. im Bereich der Dozenten und Assistenten, einherging.²

Die Universität Potsdam (UP) bildet eine bemerkenswerte Ausnahme, denn hier wurden weitaus weniger Professoren und Mitarbeiter entlassen als in den anderen ostdeutschen Einrichtungen. Zu fragen ist daher, wie es gelang, bei diesen personellen Kontinuitäten eine wissenschaftlich gleichwertige Universität zu entwickeln. Damit soll auch ein Beitrag zu der Aufarbeitung der westlichen Politik im Osten während der Vereinigung geleistet werden, nämlich zu der Frage, ob man bei der Verwirklichung der Vereinigung in den Universitäten nicht mit unnötiger Härte vorging.³

¹ vgl. Mayntz (1994), Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (2010), Jarausch (2011), Pasternack (1999)

² Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung meines im Mai 2016 erschienen Buches „Die deutsche Vereinigung in Akademia: West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994“ (Marshall 2016) sowie neuer Erkenntnisse, die sich aus dem Symposium zur Gründung der UP am 2.12.2016 ergaben.

³ Redebeiträge zum Symposium „Blockierter Neuanfang? Die Gründung der Universität Potsdam.“ Potsdam, 2.12.2016, vgl. <http://www.uni-potsdam.de/25jahre/debatte-zur-geschichte-der-hochschule/symposium/diskussionsforum.html> (25.5.2017)

Vorgeschichte der Universität Potsdam

Schon die Vorgeschichte der UP unterscheidet sich von den anderen ostdeutschen Hochschulen. Denn zu DDR Zeiten hatte es in Potsdam keine Universität gegeben, wohl aber drei Eliteinstitutionen, die der Regierung und Partei bzw. dem MfS eng verbunden waren: Die prestigeträchtige Akademie für Staat und Recht (ASR) mit der Ausbildung der administrativen Führungskräfte und in ihr das Institut für Internationale Beziehungen (IIB) für die der Diplomaten; die Pädagogische Hochschule (PHP), die größte Lehrerbildungsstätte der DDR, und die sogenannte Juristische Hochschule (JHS) zur Ausbildung leitender Kader der Staatssicherheit.⁴

Letztere wurde bereits Ende 1989 abgewickelt, obwohl die Universität später einige nichtwissenschaftliche Mitarbeiter bzw. Dozenten übernahm.⁵ Die ASR reformierte sich Anfang 1990 zur Hochschule für Recht und Verwaltung (HRV), unter Einschluss des IIB als „Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen.“ Als letzte entwickelte sich im September 1990 auch die PH und zwar in die Brandenburgische Landeshochschule (BLHS) zurück, die bereits in den Jahren 1948–1952 bestanden hatte.

Diese Einrichtungen wurden in die durch eine ministerielle Ordnungsentscheidung am 15.7.1991 gegründete UP eingegliedert, was dieser einen beträchtlichen Personalüberhang bescherte. Wie auf diesem Hintergrund eine wissenschaftlich anerkannte Universität bei geringerem Personalverlust als an den anderen ostdeutschen Hochschulen entstehen konnte, beruhte auf drei „Säulen“: der Politik der Landesregierung Brandenburgs, den personellen Kontinuitäten in der Hochschulleitung und dem mehrheitlich westdeutschen Gründungssenat (GS), der die wissenschaftlichen Strukturen ausarbeitete.

⁴ Die Bezeichnung „JHS“ war irreführend, fand doch dort kein Rechtsstudium, sondern ein Studium des Geheimpolizeiwesens statt.

⁵ Besonders wichtig für die Universität war jedoch die Übernahme der MfS-Liegenschaften in Golm, da sich die Gebäude am Neuen Palais in schlechtem baulichen Zustand befanden und zudem für die zukünftige Universität zu klein waren. Diese Übernahme erfolgte gegen den Protest der umliegenden Gemeinden aufgrund der guten politischen Beziehungen der Pädagogischen Hochschule zur Staats- und Parteileitung. Belege für die entstandenen Kontroversen mit den Gemeinden finden sich in den Akten 6760, 6961, 7019 und 7034 des Potsdamer Universitätsarchivs. Der ausführliche Quellenbeleg dieser These erfolgt hier, da er in der Monografie an der entsprechenden Stelle (Marshall 2016: 28) leider nicht erfolgte und die These heftig angegriffen wurde (etwa Gzik 2016: 2).

Gründungsgeschichte auf dem „Brandenburger Weg“

Im Unterschied zu den anderen ostdeutschen Ländern verfolgte Brandenburg in der Personalpolitik den sogenannten „Brandenburger Weg“, d.h. wo immer möglich die Vermeidung der nach der Vereinigung schnell einsetzenden Arbeitslosigkeit. Auch dass die Zukunft der Universität weitgehend bestimmende Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) unter dem westdeutschen FDP-Politiker Hinrich Enderlein war in diesen Politikansatz eingebunden. Wie zahlreiche westdeutsche Politiker hatte er den Ehrgeiz, eine Einrichtung von wissenschaftlicher Exzellenz zu schaffen (Krull 1994: 222), was den Abbau von Personal bedeutete. Gleichzeitig war er im Kabinett in die Politik des „Brandenburger Weg“ eingebunden.

Die allgemeine Ausrichtung der Brandenburger Politik zeigte sich bereits im Herbst 1990 bei den Beratungen der Kultusministerkonferenz über das allgemeine Problem der personellen Erneuerung bzw. der Personalreduzierung in den ostdeutschen Hochschulen. Hier bot der Einigungsvertrag (EV) mit der Abwicklung ganzer oder Teile von Institutionen eine erste Lösung. Die Vertreter der neuen Länder baten die KMK zu prüfen, „ob [der EV] ausreichende Handlungsmöglichkeiten für strukturelle Veränderungen und Entwicklungen, sowie für die personelle Erneuerung der Hochschulen eröffnet.“⁶

Schon bei diesen Beratungen lehnte der Vertreter Brandenburgs Personalreduzierungen prinzipiell ab, da das Land nicht abwickeln, sondern aufbauen musste. Auch in der Behandlung der Gleichstellung von (ostdeutschen) Professoren des „alten“ Rechts mit den neuberufenen (westdeutschen) des „neuen“ Rechts ging Brandenburg einen Sonderweg. Das Land weigerte sich, den alten Professoren einen niedrigeren Status zu geben.⁷

Etwaige Konfliktpunkte wie die politische Dimension – wegen der engen Verbindung der DDR-Einrichtungen mit dem vormaligen Regime die schwierigste Problematik – wurden möglichst ignoriert. In Brandenburg gab es daher im Unterschied zu den anderen ostdeutschen Bundesländern kein Hochschulernerneuerungsgesetz. Das bereits im Juni 1991 verabschiedete Hochschulgesetz Brandenburgs konnte vom Landtag nur deshalb so schnell verabschiedet werden, weil die politische Problematik in dem Gesetz unerwähnt blieb. Brandenburg war das erste ostdeutsche

⁶ 264. Sitzung des Hochschulausschusses [der KMK] am 22./ 23. 11. 1990 in Bremen für das Folgende. (BA DR 7/ 95).

⁷ Ebd.

Land mit einem Hochschulgesetz, und diese Eile war Teil des allgemein pragmatischen Vorgehens. Damit konnte etwaige Kritik begrenzt werden.

Der Kern des Brandenburger Hochschulgesetzes war die weitgehende Autonomie der Universität Potsdam. Anstatt auf formalen Rahmenrichtlinien beruhte die Universität auf dem persönlichen Verhältnis zwischen dem Minister und dem Rektor, der bereits in der BLHS dieses Amt innegehabt hatte.⁸ Ihm kam die wichtige Funktion eines „Scharniers“ zwischen dem Ministerium, den Westdeutschen und den ostdeutschen Mitarbeitern zu.

Kontinuität herrschte auch in der restlichen Hochschulleitung. So blieben der Prorektor⁹ sowie die gesamte Verwaltung auf ihren Posten. Letztere wurde ohne Evaluierung in die Universität übernommen.¹⁰ Ihr kam beträchtlicher Einfluss auf den Gang der Universitätsgeschäfte zu. So wuchs beispielsweise im Gründungssenat (GS) der Frust über ihre Arbeit. Klagen über nicht veröffentlichte Ausschreibungen finden sich bereits bei den ersten Berufungen im Herbst 1991.¹¹ Hier handelte es sich um Posten, von denen eine Bedrohung ostdeutscher Stelleninhaber zu erwarten war.

Die Gründung der UP am 15.7.1991 war chaotisch: Der Lehrbetrieb der BLHS ging weiter, was die Mitarbeit der Ostdeutschen erforderte, obwohl in den ideologisch besonders beeinflussten Geistes- und Sozial- sowie den neu eingeführten Wirtschaftswissenschaften, Jura etc. auch eine größere Anzahl mehrheitlich aus dem nahen Berlin kommender Gastdozenten eingestellt wurde. Gleichzeitig begannen die berufenen westdeutschen Gründungsprofessoren und der von Minister Enderlein ernannte, mehrheitlich westdeutsche GS, die wissenschaftlichen Strukturen der Universität zu erarbeiten, die wichtigste Aufgabe für ihre langfristige Entwicklung. Dies geschah bei räumlicher Enge, fehlenden Bibliotheken, Kopiergeräten etc.

⁸ BLHS-Rektor Mitzner auf der Landespressekonferenz. (HN 12/ 10. 6. 1991). Professor der Chemie. Mitzner galt als unpolitisch.

⁹ Professor Gerhard Kempter, ebenfalls Professor der Chemie, blieb erster Prorektor in der neuen Einrichtung. Er hatte bereits die Wahl Mitzners organisiert und wurde „die bestimmende Kraft“ der Universität.

¹⁰ Ab Mai 1991 trat jedoch ein erfahrener westdeutscher Beamter an ihre Spitze. Bereits im August hatte die PH eine Reduzierung des Verwaltungspersonals um 14,4% und der des Personals in der Betriebswirtschaft und Betreuung um 11,4% gemeldet. (UAP 7007)

¹¹ „Wir Westler [hatten] nicht damit gerechnet, dass Entscheidungen einfach nicht umgesetzt würden.“ (Professor Wolfgang Edelstein, Max-Planck Institut für Bildungsforschung, Berlin – Professor Rohe, Fachbereich Sozialwissenschaft Potsdam, 8.7.1992 (Material Rauh)

Personelle Kontinuitäten 1

Die allgemeine Richtung der Entwicklung zeigte sich bereits in der Behandlung der Angehörigen der abgewickelten Bereiche der HRV und der Sektion Marxismus-Leninismus der PHP/BLHS. Die UP schützte die Angehörigen dieser Bereiche weitgehend. Zwar wurden nur sechs HRV-Juristen in die Anfang 1991 gebildete Juristische Fakultät der BLHS übernommen. Doch ging das politisch besonders eng mit dem MfS verbundene IIB der ARS/HRV als „Politischen Wissenschaften“ in die BLHS über. Zirka zwölf Wissenschaftler fanden sich später in diesem Bereich auch in der Universität. Zwei Professoren waren zeitweise Lehrbeauftragte im FB Sozialwissenschaften.¹²

Weitaus zahlreicher waren die aus dem ebenfalls abgewickelten Bereich Marxismus-Leninismus (ML) der PH. Die Aufhebung dieser Lehrstühle war vom letzten Bildungsminister der DDR „als eine unumgängliche Maßnahme im Rahmen der demokratischen Erneuerung der DDR und der bevorstehenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ verordnet worden.¹³

Für die betreffenden Hochschulangehörigen sollte es zwar keine automatische Überführung in die neuen Bereiche geben, doch konnten „brauchbare Kapazitäten“ innerhalb der Professoren auf anderen Gebieten benutzt werden. Daraufhin stellten auch in Potsdam zahlreiche Professoren und Dozenten der Sektion den notwendigen Antrag auf Umberufung.¹⁴

Die erste Übernahme in Potsdam war die des ehemaligen ML-Sektionsleiters¹⁵ des Bereichs und eines Dozenten bereits im September 1990 mit voller Unterstützung durch Rektor Mitzner.¹⁶ Der Professor tauchte bereits im Mai 1991 als engagierter Vertreter der kapitalistischen Marktwirtschaft auf und arbeitete bis zu seiner Emeritierung im Jahre 2001 als Professor für „Regionalwirtschaft“ in der Universität.¹⁷ Der Dozent war lange Jahre Philosophieprofessor im Bereich Sozialwissenschaften.

¹² Stock und Montag. UP, Vorlesungs- und Personalverzeichnis. SS 1993

¹³ Minister Meyer an die Universitäts- und Hochschulleitungen, 23. 5. 1990 (BA DR 4/ 728)

¹⁴ BA DR 4/ 733

¹⁵ Professor Gloede und des Dozenten Petsche

¹⁶ Trotz der Bedenken des Ministers – er verlangte die Vorlage unabhängiger Gutachten – fand die Übernahme später gleichwohl statt.

¹⁷ Neben seiner politischen Belastung war es auch seine akademische Qualifikation für diesen Posten, die von Kritikern immer wieder hinterfragt wurde, vgl. z.B. Das Ende vom Anfang (1993).

Andere Ex-MLer fanden sich u.a. in der Verwaltung oder im Bereich „Politische Bildung“ wieder. In der Verwaltung nahmen sie teilweise relativ einflussreiche Positionen ein, wie beispielsweise ein früherer Dozent für ML-Philosophie,¹⁸ der im Dezernat 1 (Planung, Organisation) 1991 Koordinator der für die ostdeutschen Mitarbeiter so wichtigen ABM-Maßnahmen wurde. Er konnte u.a. einer als ML-Dozentin entlassenen Mitarbeiterin eine ABM-Stelle verschaffen, bevor sie Gleichstellungsbeauftragte der Universität wurde.¹⁹ Auch der stellvertretende Dezernent für „Akademische und Studentische Angelegenheiten“²⁰ kam aus dem ML-Bereich. Desgleichen blieb der Posten des Referatsleiters Öffentlichkeitsarbeit²¹ unverändert. Unter ihm leitete eine weitere vormalige ML-Dozentin²² die Geschäfte.

Ein weiterer Bereich, in dem Ex-MLer eine neue „Heimat“ fanden war der der „Politischen Bildung“ in der Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Hier hatte sein damaliger westdeutscher Leiter²³ bereits in der HRV die Mitglieder des vormaligen IIB bei der Gründung der „Politischen Wissenschaften“ beraten. Er wurde dort im September 1990 auch auf den Lehrstuhl „Politische Theorie“ berufen.²⁴ In der Universität war er einer der Gründer der „Politischen Bildung“, wo er noch heute tätig ist. Die Anstellung vormaliger Mitarbeiter des ML-Bereichs war hier am einfachsten.

Besonders interessant war die bereits erwähnte Gleichstellungsbeauftragte. Als solche hatte sie Zugang zu den Senatssitzungen sowie zu den Struktur- bzw. Berufungskommissionen. Sie hatte daher einen genauen Überblick über die Stellenpläne der verschiedenen Gremien. Gleichzeitig mit ihr ernannte Rektor Mitzner auch einen politisch dem alten Regime besonders verpflichteten Mitarbeiter des vormaligen Instituts für Lehrerbildung zum Datenschutzbeauftragten,²⁵ auf den – so wird vermutet – die noch bis 1993/94 bestehende Telefonüberwachung der Senatssitzungen

¹⁸ Dr. Norbert Richter. Bis Juli 1987 war er für drei Jahre 1. Sekretär der FDJ-HS Parteileitung. Vorbereitung der B-Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. (Material Schütte).

¹⁹ A. Zapf. Früher „erhebliche SED-Tätigkeit“. Sie wurde am Tag der ML-Auflösung aus dem Dienst entlassen (Diskussionspapier zu den Problemen der UP, 3.5.1993). Sie vertrat die Interessen der Gleichstellungsbeauftragten und Frauen auch sehr eloquent im Landtag.

²⁰ Dr. W. Götze. Er war bereits an der PH Direktor für Studienangelegenheiten.

²¹ Dr. Rammelt

²² Dr. Barbara Eckhardt. Sie war bereits Redakteurin der SED-Zeitung „Oktober“.

²³ Dr. Bernhard Muszynski

²⁴ HRV, Sektion Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen. Beschlussprotokoll der Beratung des Direktors mit den Lehrstuhlleitern am 5.9.1990. (UAP 13457)

²⁵ Dr. Rolf Zander. MfS. FB Primarstufe. (UAP Ordner ‚GS‘)

und der Büros der Professoren zurückging.²⁶ Seit Mitte 1991 war er bereits Mitglied des Personalrats der Universität.

Auch der neu ernannte ostdeutsche Leiter des Universitätsarchivs sicherte, dass keine belastenden Materialien des Personals in unerwünschte Hände fiel. Zusammen mit dem ebenfalls von einem Ostdeutschen geleiteten Personalrat²⁷ zeigten diese Posten die enge Vernetzung der ostdeutschen Mitarbeiter. Einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitsplatzbewahrung leistete auch die Justitiarin der Universität,²⁸ die jede vermiedene Entlassung als „Sieg über das System“ feierte.²⁹ Dieses Netzwerk der Ostdeutschen sollte sich in den personalpolitischen Auseinandersetzungen der folgenden Jahre bewähren.

Für die PH/BLHS hatte sich bereits im Herbst 1990 die Notwendigkeit ergeben, das großzügig bemessene Personal zu reduzieren.³⁰ Es galt, den Lehrkörper allmählich den im Westen der Republik üblichen Verhältnissen anzupassen, d.h. die Zahl der von der alten PH übernommenen, aus sachlichen und politischen Gründen in Zukunft für eine Weiterbeschäftigung in der BLHS ungeeigneten Professoren und Mitarbeiter zu reduzieren. Bei dieser Aufgabe verfolgte Rektor Mitzner den geschilderten „Brandenburger Weg“.

So konnte er seit Oktober 1990 zahlreiche Professoren dazu bewegen, in den Vorruhestand zu gehen. Auch war die Personalreduzierung in den verschiedenen Fakultäten unterschiedlich.³¹ Die Evaluierung der Geschichtswissenschaft führte – unter maßgeblicher Beteiligung westdeutscher Historiker³² – zur Entfernung aller ostdeutschen Kollegen, mit einer

²⁶ Interviews Grawert (23.11.2011) und Rauh (4.7.2013)

²⁷ Dozent der Physik Fred Albrecht

²⁸ Steffi Kirchner, Justitiarin der BLHS und Dezernentin für Personal- und Rechtsangelegenheiten. Bis 1990 arbeitete sie als Justitiarin im Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam. Sie wurde mit Hilfe von Professor Grawert an der Universität Bochum in bundesrepublikanisches Recht eingeführt. (Interview Grawert, 23.11.2011)

²⁹ Interview Muszinsky 13.2.2014

³⁰ Laut PH-Rektor Gzik war an der PHP das Verhältnis von Studenten zu wissenschaftlichem Personal 4,7 : 1 gegenüber 20 bzw. 22 : 1 in der Bundesrepublik. (A. Gzik, Referat „Zum Stand der Reformprozesse an der PH ‘Karl Liebknecht’ in Potsdam.“ 22. Konzil, 26. 2.1990. Broschiert, S. 25)

³¹ So verloren die Naturwissenschaften, die allgemein als weniger politisch belastet galten, nur einen ohnehin unbeliebten Professor. Die Schaffung eines neuen Fachbereichs Sozialwissenschaften durch einen Berliner Soziologen führte mit Wirkung vom 1. 10. 1990 zur Streichung von 20 Planstellen von 66. (Personalbestand 18.3.1991. UAP 6980).

³² Die Professoren Mommsen (Düsseldorf), Fischer (FU) und Schuller (Konstanz). Weitere Teilnehmer waren der Geschäftsführer des Fachbereichs, dessen Assistentin und ein Student. Ein derart direkter Eingriff von Westdeutschen wiederholte sich später nicht mehr.

Ausnahme, der dann aber freiwillig zurücktrat.³³ Nur eine ostdeutsche Professorin überlebte auf einer C4-Professur und das nur aus „Zufall“.³⁴

Diese frühen Evaluierungen waren auf die Initiativen Einzelner beschränkt, doch veranlasste die Landesregierung im Frühjahr 1991 – aufgrund u.a. von Empfehlungen der KMK – eine systematische Überprüfung des gesamten Personals der BLHS (Görtemaker 1995: 17). Wiederum erließ das MWFK keine Anweisung zu ihrer Ausführung. Die Hochschule bildete daher interne Kommissionen. Beobachter kamen schon früh zu dem Schluss, dass mit dieser internen Verfahrensweise und der Zusammensetzung der Kommissionen, „die fachliche Evaluierung insgesamt ... weitgehend ungenügend“ war, obwohl die Kommissionen in einzelnen Fachbereichen gründlich gearbeitet hatten.

Wie wenig man in Potsdam an einer sorgfältigen Arbeit interessiert war, zeigte sich auch in den – im Gegensatz zu den Praktiken der anderen ostdeutschen Universitäten – unrealistisch kurzen Bearbeitungszeiten. Denn hier sollten die Überprüfung aller Professoren und Dozenten bereits bis Ende April 1991 abgeschlossen werden (ebd.: 18),³⁵ was schließlich Ende Mai gelang. 123 Personen wurden überprüft, von denen 16 negativ evaluiert wurden.³⁶

Auch bei den Integritätsüberprüfungen des übrigen Personals der BLHS herrschten Verzögerungen und dann große Eile. Eine Personalkommission nahm am 13.5.1991 ihre Arbeit auf und sollte bereits Ende Mai ihre Ergebnisse vorlegen – und das bei einer Gesamtzahl der Überprüfungen von 1.249! (Görtemaker 1995: 22)

Die am 12.7.1991 von Rektor dem Ministerium die überreichten Unterlagen enthielten die Empfehlung, in lediglich elf Fällen eine Dringlichkeitsanfrage beim Bundesbeauftragten zu stellen und 22 Kündigungsverfahren einzuleiten. Auch hier spielte das MWFK durch Verzögerung und letztlich die Vermeidung von für die MA negativen Entscheidungen eine unrühmliche Rolle. (vgl. Marshall 2016: 120ff.)

³³ Professor Finker. Er wurde später als IM entlarvt, der die Forschungsarbeiten zu seiner Stauffenberg-Biographie in den Privatarchiven der Familie Stauffenbergs für Berichte an die Staatssicherheit missbraucht hatte. Seine Veröffentlichungen waren jedoch auch in der Bundesrepublik bekannt. Die Evaluierung war für ihn „ein entwürdigender Vorgang“. Interview Korenke 15.11.2011.

³⁴ Interview Klose. 31.10.2012 (Professor Dagmar Klose war bereits in in den 80iger Jahren an der PH. Dann als eine von zwei DDR-Historikern auf einer C4-Professur (Geschichtsdidaktik).

³⁵ Für Leipzig siehe auch Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (2010)

³⁶ Allerdings bleibt unklar, ob sie die Universität verlassen mussten.

Die große Mehrzahl der HS-Angehörigen blieb somit auf ihren Posten. Diese ersten Evaluierungen waren insofern besonders wichtig, weil sie im Laufe der weiteren Entwicklung der Universität immer als „besonders sorgfältig“ bezeichnet wurden, sodass ihre Ergebnisse später nicht hinterfragt werden konnten, was wiederum den alten ostdeutschen Besitzstand schützte.³⁷

Der Gründungssenat

All dies war eine besondere Herausforderung für den Gründungssenat. Denn die Ausarbeitung des wissenschaftlichen Rahmens bedeutete gleichzeitig die der Gesamtstruktur, was sich unter dem zunehmenden Sparzwang durch das Finanzministerium immer mehr zu einem Kampf um den Bedarf an Planstellen entwickelte. Im GS wurden daher auch die wichtigsten personalpolitischen Auseinandersetzungen ausgetragen.

Obwohl nur drei Ostdeutsche Mitglieder waren – eine kleine Minderheit unter der Gesamtzahl von 13 –, erwies sich deren Auswahl als bedeutsam: der bereits erwähnte Prorektor Kempfer,³⁸ sowie mit Dr. B. Krüger eine wortgewandte Vertreterin des Mittelbaus³⁹ und Professor Kujawa⁴⁰ als Repräsentant der für die UP so wichtigen außeruniversitären Institute. Hinzu kamen eine Vertreterin der Studenten und ab 1992 ein zweiter Vertreter des Mittelbaus⁴¹ sowie ein zweiter Student. Alle ostdeutschen Mitglieder im GS waren loyale Anhänger des früheren Regimes.⁴²

Die westdeutschen Mitglieder des GS waren mit der Vorstellung nach Potsdam gekommen, dass man hier etwas völlig Neues gründen konnte,

³⁷ Bei den gleichzeitigen Evaluierungen der HRV unter der Leitung von Rolf Grawert wurden von den noch vorhandenen 31 Hochschullehrern letztlich nur sieben übernommen. Von den 45 noch vorhandenen wissenschaftlichen Mitarbeitern galt das in 13 Fällen.

³⁸ vgl. FN 9

³⁹ Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Literaturwissenschaft, FB Germanistik. Sie vertrat die Interessen des Mittelbaus sehr geschickt und trat auch mehrmals im Brandenburger Landtag als Sprecherin auf.

⁴⁰ Professor Dr. Manfred Kujawa, in der DDR Direktor des Instituts für Ernährungsforschung in Rehbrücke, in dem wichtige Forschungen zu Dopingprojekten u.a. der Stasi und des DDR-Sports stattgefunden hatten. Er war jetzt Direktor des Fraunhofer Instituts für Umweltchemie und Ökotoxikologie Potsdam.

⁴¹ Dr. H. Schmidt Wissenschaftlicher MA am Physikalischen Institut, in dem auch der Vorsitzende des Personalrats, F. Albrecht, beschäftigt war.

⁴² Der zweite Student Meyerhöfer hatte beispielsweise seinen Wehrdienst im Elitebataillon „Dzerschinsky“ geleistet. (Interview 1.7. 2013).

während in Wirklichkeit der Rahmen zum großen Teil aus den bestehenden Einrichtungen vorgegeben war. Von diesen und anderen ostdeutschen Realitäten wussten die Westdeutschen zunächst wenig,⁴³ was die Position des Rektors und die seiner ostdeutschen Mitarbeiter weiterhin erheblich stärkte. Es war in ihrem Interesse, diese westliche „Blauäugigkeit“ so lange wie möglich zu bewahren. So hielten sie sich bedeckt; Mitzner wahrte bei aller Höflichkeit Distanz. (Herrmann 2006: 2f.)

Obwohl die Struktur- bzw. Berufungskommissionen des Senats für die einzelnen Bereiche in der Regel gute Arbeit leisteten, funktionierte der Senat als Ganzes nicht so, wie man es hätte erwarten können. Dies war einmal die Folge seiner relativen Isoliertheit vom Rest der Institution bzw. der der Senatsmitglieder untereinander. Denn die Mitglieder waren nur wenige Tage in Potsdam anwesend, da sie weiterhin Aufgaben an ihren Heimatuniversitäten wahrzunehmen hatten. Sie flogen nur tageweise nach Potsdam, wo sie in Mammutsitzungen oft Agenden von bis zu 80 Seiten abarbeiten sollten (Marshall 2016: 60).

Auch waren die Kommunikationsmöglichkeiten mangelhaft, und es fehlte oft sogar ein sicherer Tagungsort. Im Sommer 1993 entdeckte man beispielsweise noch zufällig die erwähnten Mikrophone, mit denen die Beratungen des Senats abgehört wurden.⁴⁴ Die Mitglieder des GS waren empört, aber die Affäre blieb folgenlos. Das Ergebnis war, „dass wir nicht befriedigend kooperieren oder nur Informationen austauschen können, dass Diskussionen im Senat stattfinden müssen, ohne zu brauchbaren Ergebnissen oder institutionell handbaren Lösungen zu führen“. Dies erklärte auch, warum man „die Tätigkeit des GS in Frage stellt oder sogar in Verruf bringt; dass dessen Verhandlungen in einem institutionellen und prozeduralen Vakuum ablaufen, sodass sie allzu oft folgenlos bleiben, verworren erscheinen, Gerüchten Vorschub leisten und die Institution zusätzlich zu destabilisieren scheinen.“⁴⁵

Dieses Problem blieb auch in der Folgezeit ungelöst. Im Juli 1992 kam es zu einer „spannungsgeladenen Diskussion über die Funktion und

⁴³ Auch die Autorin, die das SS 1992 als Gastdozentin an der Universität verbrachte, fällt in diese Kategorie.

⁴⁴ Interview Rauh 4.7.2013. (Professor Gisa Rauh, Universität Wuppertal, Anglistik/Amerikanistik. Von 1991 bis 1994 Mitglied des Gründungssenates und Stellvertretende Gründungsrektorin der Universität Potsdam). Man nahm die Sache philosophisch. Die UP hatte wichtigere Probleme. (Interview Görtemaker 21.3.2012). Vgl. dagegen die Aussage von Professor Mitzner: „Der GS war wirklich ‚dicht‘ – nichts drang nach außen.“ (Interview 6.12.2012)

⁴⁵ Professor Wolfgang Edelstein, Max-Planck Institut für Bildungsforschung, Berlin – Professor Rohe, Fachbereich Sozialwissenschaft Potsdam, 8. 7. 1992 (Material Rauh)

Leistungsfähigkeit des Senats, der unter extremem Zeitdruck und ohne lebendige Beziehungen in die Institutionen hinein, den Aufbau einer [Einrichtung] verantwortlich voranzutreiben hat, deren Verwaltung ihm zugleich durch ein problematisches Gesetz auferlegt ist, das ihm die Mittel dafür vorenthält.“⁴⁶

Angesichts dieser Gegebenheiten scheint es erstaunlich, dass der GS seine Arbeit fortsetzte. Doch fand man sich in einem ständigen Zwiespalt: Man wollte der Universität nicht durch öffentliche Kritik schaden, nicht als „Imperialisten“ im Osten auftreten. Das Ziel war es, das Vertrauen der Ostdeutschen zu gewinnen.⁴⁷ So machte man in Konfliktfällen Zugeständnisse an die Ostdeutschen.

Die entstehenden wissenschaftlichen Strukturen erforderten nach dem Verständnis der westdeutschen Mitglieder des GS im Westen übliche Personalstrukturen. So machte der GS bereits im September 1991 klar, dass die erstrebte Anerkennung der UP als Einrichtung mit „Forschungsprofil und [als] fundierte wissenschaftliche Lehreinrichtung“ nur mit einem hohen Anteil an „fluktuierendem Personal im Mittelbau“ möglich sei. „Der GS wird ... Entscheidungen zu fällen haben, wie unter Berücksichtigung von fachspezifischen Aspekten für den Mittelbau bis zu einem festzulegendem Zeitpunkt das vorgegebene Verhältnis von unbefristeten und befristeten Stellen zu erreichen ist, um den notwendigen Qualitätsstand zu gewährleisten.“⁴⁸

Hierzu sollten juristisch abgesicherte einheitliche Richtlinien erarbeitet werden, „die die Überführung in befristete fünfjährige Arbeitsverhältnisse regeln.“ Gleichzeitig gab man auch „verbindliche Festlegungen, ... [wie bei] Mitarbeitern im befristeten Arbeitsverhältnis das Habilitationsverfahren maximal ausgeschöpft, bzw. eine Umorientierung des Berufseinsatzes [erreicht] werden kann.“⁴⁹ Mit anderen Worten: Der GS war sich der schwierigen Lage des Mittelbaus durchaus bewusst und wollte eine Lösung der Problematik konstruktiv angehen.

Doch fand er damit nicht die Unterstützung des MWFK. Schon Anfang November 1991 reagierte die Landesregierung mit Beschwichtigungen auf die „beträchtliche Unruhe im Mittelbau“. Minister Enderlein beruhigte auf einer Veranstaltung am 9.11.1991 die Betroffenen mit dem

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Interview Herrmann, per Telefon und e-mail, 13.8.2012. Dies bedeutete jedoch nicht, dass nicht auch die Westdeutschen bei späteren Berufungen ihre Eigeninteressen verfolgten.

⁴⁸ GS 2.3.9.1991.(UAP 13749; BLHA 1500/2329)

⁴⁹ GS. Änderungen zum Protokoll der Sitzung des GA vom 2./ 3. 9. 1991.(UAP 13749; BLHA 1500/ 2329)

Hinweis, dass das Ministerium die Entlassungen auf ein Minimum beschränken und dass diese sozialverträglich ausgeführt würden.⁵⁰ Auch der GS schwenkte auf diese Linie ein, was bedeutete, dass er bereits nach wenigen Monaten seine im September formulierten Ziele aufgab.

Die Gleichzeitigkeit des wissenschaftlichen Aufbaus der Universität durch den GS, der Überleitungen von Professoren und Mitarbeitern, der weiteren Evaluierungen sowie der Ausarbeitung einer Gesamtstruktur der UP mit detaillierteren Angaben zur Personalstruktur führte zu beträchtlicher Unübersichtlichkeit, Konflikten und letztlich zur Konfrontation zwischen dem Minister und dem für die Überleitungen zuständigen westdeutschen Professor Grawert, die mit dessen Rücktritt von dieser und anderen Funktionen in der HS endete.

Personelle Kontinuitäten 2

Die sogenannten Überleitungsverfahren, die die Eignung der Professoren zur Überführung in den Status eines nach westdeutschen Recht beamteten Vollprofessors der UP prüften, wurden erst ab Oktober 1992 durchgeführt, nachdem eine Ergänzung des Brandenburger Hochschulgesetzes (§ 106a) die rechtliche Grundlage geschaffen hatte. Von 46 Professoren stellten 39 den entsprechenden Antrag, von denen 33 – davon 24 auf C4 Stellen – übergeleitet wurden, d.h. 73 %.

Wie großzügig man in Potsdam damit vorging, zeigte sich an der bedeutend geringeren Zahl von um die 50 % für die anderen ostdeutschen Universitäten. Unter den an der UP übergeleiteten Professoren befanden sich vormalige, zum Teil politisch belastete Sektionsdirektoren u.a. in den Naturwissenschaften, der Germanistik,⁵¹ Anglistik,⁵² Sport,⁵³ Pädagogik, Psychologie⁵⁴ und Informatik.⁵⁵ Die Folge dieser Personalkontinu-

⁵⁰ Bericht in PUTZ, 19/ 991 (Dezember)

⁵¹ Werner Rieck, Mitglied der HS Parteileitung

⁵² Wicht IMS „Werner Heinze“ 1967–1981 (BstU Archivnummer 2657/81. Material Halt). Doch erscheint sein Name nicht mehr in den der Autorin vorliegenden Vorlesungsverzeichnissen für die Jahre 1993 und 1993/94.

⁵³ Philipp. In der DDR Sektionsdirektor. Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee in Silber. Ausgezeichnet wegen langjähriger SED-Mitgliedschaft. (Material Schütte)

⁵⁴ Franz. In der PH Vorsitzende der Hochschulgewerkschaftsleitung, Dekanin der Pädagogisch-Psychologischen Fakultät, Mitglied der zentralen Parteileitung, Sektionsdirektorin. In der UP: Stellvertretende Direktorin des FB Psychologie.

⁵⁵ Wedel. Professor alten Rechts für Informatik an der Math/Nat-Fakultät. Wegen langjähriger IM-Tätigkeit am 11.8.1994 von UP und MWFK entlassen (MAZ 13 .8.1994).

itäten war das Bild der Universität als einer Einrichtung, an der die alten Kader prächtig überlebten.

Die Überleitung des Mittelbaus gestaltete sich bedeutend schwieriger. Hier befand sich hauptsächlich auch der Personalüberhang, wie ein Vergleich mit anderen Hochschulen zeigt (Übersicht 1):

Übersicht 1: Personalstrukturen an west- und ostdeutschen Universitäten. Stand: Ende 1992

	HHU Düsseldorf	U Siegen	U Potsdam	HU Berlin
Studierende	12.755	12.517	7.012	20.514
Professoren/Dozenten	159	221	263	403
Wiss. Mitarbeiter	377	351	632	309
Nichtwiss. Mitarbeiter	869	540	1.263	1.024

Quellen: UP Dezernat 6, UAP 13752, 10.2.1993; Personalstellen des Landes Nordrhein-Westfalen nach Haushaltsplan 1992; für HU siehe Neidhart (1994: 58f.)

Das Problem war inzwischen, dass die fachliche Evaluierung des Mittelbaus mit dem Stellenprofil und der damit verbundenen Anzahl der Stellen verbunden wurden, was eine direkte Bedrohung der Interessen des Mittelbaus bedeutete. Hier kam es daher auch zu dem erwähnten grundsätzlichen Konflikt zwischen dem auf akademische Qualifizierung ausgerichteten und an möglichst ordnungsgemäßen Verfahren orientierten Kommissionsleiter Grawert und Minister Enderlein, der als Politiker geneigt war, politische Aspekte zu berücksichtigen.⁵⁶

Aus Grawerts Sicht konnten die Evaluierungen nur auf der Basis von „fachlich verantwortungsvoll“ gehandhabten Entscheidungen bewerkstelligt werden, denn es war abzusehen, dass sie „unter erheblich größeren Druck der Öffentlichkeit gerät. Von interessierter Gewerkschaftsseite aus ist dies [bereits] angekündigt worden.“ Dem war aber nur mit ausdrücklicher Unterstützung des Ministers standzuhalten. „Wenn auch nur der ... Eindruck entsteht, dass Fachvoten auf [irgendeine] Weise überholt werden könnten, stehen die Kommissionsarbeit und die Qualität der Personalauswahl zu Lasten des Rufes der UP in Frage.“ Unter diesen Umständen zog er es vor, am 14.9.1993 von seinen Ämtern zurückzutreten.

Von nun an ging man „pragmatisch“, in Eigenregie der Ostdeutschen vor. Unter Prorektor Kemper als Vorsitzender der Überleitungskommission wurden alle umstrittenen Kandidaten übergeleitet, obwohl 98 nicht

⁵⁶ Interview Grawert 23.11.2011. Das grundsätzliche Problem war in seinen Augen: „Die Ostdeutschen wollten Leute haben, die ihnen sagten, ‚alle können bleiben‘. Da geht es um Zugeständnisse und nicht um die Qualität der Person.“

in den Struktur- und Stellenplan der UP eingeordnet werden konnten. Doch Differenzen zwischen der UP, dem MFWK und dem Hauptpersonalrat des MFWK führen dazu, dass selbst 77 Kündigungen, die wegen mangelndem Bedarf und fehlender fachlichen Eignung zum 31.12.1993 erfolgen sollten, nicht durchgeführt werden konnten. Auch bekannte Stasimitarbeit war kein Kündigungsgrund.

Diese Einstellung des MFWK deutete bereits an, dass die im Einigungsvertrag vorgeschriebenen politischen Evaluierungen in Potsdam schwierig werden würden. Für die ostdeutschen Hochschulen allgemein galt, „dass das MfS eine wesentliche Rolle an allen Universitäten und Hochschulen spielte und das Alltagsleben bestimmte.“ (Huber 1996: 116) In Potsdam hatte die PHP den Ruf einer besonders „roten Hochschule“.⁵⁷ Die ASR galt als „größte, älteste und berüchtigste Kadenschmiede der DDR“.⁵⁸ Die beträchtliche Zahl nicht nur der Stasiangehörigen, sondern auch der leitenden Kader der SED hatten den Alltag der PH bzw. der ASR völlig dominiert. In der ASR gehörten nur 5 % der Mitarbeiter nicht der SED, sondern deren Blockparteien an oder waren parteilos (Jacobsen 2006: 170). Am IIB gab es einen speziell für diese Institution verantwortlichen Stasi-Mitarbeiter. Auch scheint, wie erwähnt, sogar eine institutionelle Verbindung zur JHS möglich. Studenten des IIB erinnern sich an einen „unglaublich stalinistischen Dogmatismus“ des Unterrichts am IIB (Rosenthal 1993).

Die Probleme der Aufarbeitung

Eine Aufarbeitung dieser politischen Vergangenheit musste von außen kommen. In Brandenburg war die politische Opposition zu schwach, um dies zu erzwingen. Der Landesregierung fehlte es an politischen Willen. Bereits Anfang 1991 hatten sich die Vertreter aller Parteien im Landtag gegen ein einfaches Schwarz-Weiß-Denken ausgesprochen und die Tatsache hervorgehoben, dass Kontakte zur Staatssicherheit in der DDR vielfach unvermeidbar waren. Es sei daher immer die konkrete Einzelsituation zu prüfen.⁵⁹

Aus diesem Grund verlief die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit im öffentlichen Dienst „milder“ in Brandenburg als in anderen ostdeut-

⁵⁷ So der vormalige Rektor Gzik (Interview 2.8.2011). Es herrschte die „Vierfältigkeit aus Staat, Partei, Gewerkschaft und dem PH Rektorat.“ Genaue Zahlen ließen sich von der Autorin nicht ermitteln.

⁵⁸ Freiheit der Wissenschaft, o.D., S. 18. (Material Schütte)

⁵⁹ Landtag – Plenarprotokoll 1/ 30: 2231, 2235

schen Ländern. So wurde hier bewusst kein spezieller Posten eines „Stasi-Beauftragten“ geschaffen (Müller-Ensberg 2000). Was die UP betraf, hielt sich das MWFK weitgehend zurück und berief sich auf die im Hochschulgesetz enthaltene Hochschulautonomie. Im Gegensatz zu den anderen ostdeutschen Ländern erließ das Ministerium keine Leitlinien für die anstehenden politischen Säuberungen. Ohne objektive Kriterien blieb jedoch wiederum nur der Weg der Einzelfallprüfungen. Aber selbst hier zeigten die Beamten des MWFK eine bemerkenswerte Großzügigkeit. Man war sich einig, dass Stasizarbeit bzw. -mitgliedschaft und Führungspositionen in der SED per se kein Grund zu Entlassungen sein konnten. Auch für Minister Enderlein waren die systematischen Überprüfungen kein Thema. „Das wäre Sache der Universität gewesen. Bei Einstellungen ja, nicht aber bei Leuten, die schon da waren.“⁶⁰

Die Universität konnte andererseits darauf verweisen, dass das Ministerium seine Briefe gar nicht oder nur mit beträchtlicher Verspätung beantwortete bzw. immer wieder Bedenken äußerte, die das jeweilige Verfahren verzögerten. Im Juli 1994 entdeckte man, dass das Ministerium für manche Gruppen – insgesamt 1186 Personen – noch gar keine Anträge bei der Gauckbehörde gestellt hatte. Ihre Überprüfung wurde schließlich mit Schreiben vom 4.8.1994 beantragt. Dass auch Rektor Mitzner hier eine Rolle spielte, war durchaus bekannt. Mitzner „behauptete, dass Sachen an die Gauckbehörde weitergeleitet wurden. Es lag ihm aber [hauptsächlich] daran, seine Leute zu halten.“⁶¹

Im Jahr 1994 kann der energischere Ansatz der Universität u.a. als eine Reaktion auf die wachsende öffentliche Kritik erklärt werden, der die UP wegen ihrer Personalpolitik ausgesetzt war, beispielsweise mit der Veröffentlichung eines „Diskussionspapier[s] zu Problemen der UP“.⁶² Hier wurden diverse Missstände an der UP aufgelistet. Ein Jahr später veranstaltete die Universität selbst ein Podiumsgespräch zu diesem Thema, die zu der zitierten Dokumentation von Professor Görtemaker (1995) führte. Jede Kritik an der Hochschule wurde jedoch abgewiesen. Kritiker waren „Nestbeschmutzer“.

Insgesamt blieben die Ergebnisse der politischen Evaluierungen unbefriedigend, was sich u.a. in wiederholten Anfragen im Brandenburger Landtag zu dieser Thematik zeigte.⁶³ In der frühen UP siegten somit die

⁶⁰ Interview Enderlein, 14.3.2012

⁶¹ Interview Rauh, 4.7.2013

⁶² Deutscher Hochschulverband, Bundes Freiheit der Wissenschaft (Sektion Berlin/Brandenburg), 5. 5. 1993

⁶³ Anfrage Nr. 1321 des Abgeordneten Dr. M.Schierack (CDU)

alten „Kader“ weitgehend. Auch setzten sie ihre Erfahrung in politischen Kämpfen der Vergangenheit dazu ein, systematisch alle Spuren zu verwischen: Personalakten der Vorgängerinstitutionen wurden zerstört und die Akten in den Archiven sorgfältig durchforstet, was die Aufarbeitung der Vergangenheit an der UP schwierig macht.⁶⁴

Resümee

Trotz dieser schwierigen Anfangsphase entstand in Potsdam eine erfolgreiche Universität. Dies war hauptsächlich der Angliederung zahlreicher außeruniversitärer naturwissenschaftlicher Institute zuzuschreiben, deren Leiter häufig zugleich Professoren an der Universität waren. Durch die Zusammenarbeit der Naturwissenschaftlichen Fakultät der UP, den Instituten der MPG und der Fraunhofer Gesellschaft entwickelte sich in der Region Potsdam einer der größten Wissenschaftsstandorte Deutschlands. Doch blieb die große Anzahl wissenschaftlich unproduktiver Kräfte zunächst ein Nachteil für die Hochschule. In einem Vergleich der Forschungsleistungen der deutschen Universitäten beispielsweise nahm Potsdam 1993 den letzten Platz ein.⁶⁵ Verbesserungen wurden erst allmählich nach externen Gutachten von Sachverständigen erreicht (Lemmermöhle u.a. 2008, Wissenschaftsrat 1993).

Andere Faktoren sprachen jedoch auch für den „Brandenburger Weg“ der Personalpolitik. So blieben der Hochschule langwierige gerichtliche Klagen von Entlassenen weitgehend erspart.⁶⁶ Auch schnitt die Universität bei Begutachtungen der Lehre regelmäßig gut bzw. sehr gut ab (Padtberg 2014).

Die in der ostdeutschen Hochschullandschaft einmalige Entwicklung der UP kann daher auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden: allen voran die Landespolitik, die der Hochschule Autonomie in der Führung ihrer Angelegenheiten in einer Art gewährte, die den Ostdeutschen beträchtlichen Einfluss zusicherte. Hinzu kam der gut informierte und organisierte Mittelbau. Der Einfluss der Westdeutschen wurde auf den Aufbau der wissenschaftlichen Strukturen eingeschränkt. Langfristig hatten sie zwar großen Einfluss auf die Berufungen – die Mehrzahl der C4-Lehrstühle wurde von Westdeutschen besetzt –, doch konnten der ostdeutsche Mittelbau und auch mehr Professoren als an anderen ostdeutschen Uni-

⁶⁴ So erklären sich auch die fehlenden genauen Zahlenangaben – das wichtigste Hindernis bei der Erforschung der Potsdamer Vorgänge.

⁶⁵ Focus, Herbst 1993.

⁶⁶ Eine Ausnahme war der letzte Rektor der PH Gzik.

versitäten auf C4- bzw. eine Mehrheit auf C3-Positionen bleiben und so ihre Interessen wahren. In Potsdam gingen die Westdeutschen in der Regel nicht zu hart gegen die Ostdeutschen vor.

Der „Brandenburger Weg“ hatte also viel Positives. Doch blieb seine „Milde“ hinsichtlich der politischen Aufarbeitung bzw. der Rehabilitierung von Geschädigten unbefriedigend. Hier muss die Rolle dieses Wegs noch kritisch hinterfragt werden.

Literatur

- Das Ende vom Anfang. Neugründung oder Versorgung: Die Universität Potsdam, in: FAZ 15.11.1993
- Görtemaker, Manfred (1995): Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam, Potsdam 1995.
- Gzik, Axel (2016): Zur Vorgeschichte der Universität Potsdam – wichtige Weichenstellungen im Zeitraum der Wende (1989/90), URL https://www.uni-potsdam.de/fileadmin01/projects/25jahre/docs/Gzik_Zur_Vorgeschichte_der_Universitaet%20A4t_Potsdam_01.pdf (25.5.2017)
- Herrmann, Ulrich (2006): Im Netzwerk von Hempel und Co, in: Botho Brachmann/Helmut Knüppel/Joachim-Felix Leonhard/Julius H. Schoeps (Hg.), Die Kunst des Vernetzens. Festschrift für Wolfgang Hempel, Berlin, S. 559–569.
- Huber, Peter M. (1996): Personelle Kontinuität an Schulen und Hochschulen in den neuen Ländern, in: Hartmut Koschyk/Konrad Weiss (Hg.), Von Erblasten und Seilschaften. Die Folgen der SED Diktatur und Gefahren für die Demokratie, München.
- Jacobsen, Sven Olaf (2006): Von der deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ zur Juristischen Fakultät der Universität Potsdam. Zur Wissenschaftsgeschichte der Wendezeit, Berlin.
- Jaraus, Konrad (2011): Das Ringen um Erneuerung 1985–2000, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden. 1810–2010. Band 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie. Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Berlin, S. 555–690.
- König, Fritz (2010): Demokratischer Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft. Die Universität Leipzig von der Friedlichen Revolution bis zur Gegenwart 1989–2009, in: Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (Hg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Band 3: Das zwanzigste Jahrhundert. 1909–2009, Leipzig, S. 783–904.
- Krull, Wilhelm (1994): Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von Oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/Main 1994. S. 205–266.
- Lemmaöhle, Doris/Liselotte Glage/Margareta Götz/Hans-Peter Langfeldt/Rolf Werning (2008): Gutachten der Expertenkommission für die Lehrerbildung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam, AQAS.
- Marshall, Barbara (2016): Die deutsche Vereinigung in Akademia. West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994, Berlin.

- Mayntz, Renate (Hg.) (1994): Aufbruch und Reform von Oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/ Main.
- Müller-Enbergs, Helmut (2000): Recht milde Sieger. Zur Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg, in: Horch und Guck, Heft 32/2000, S. 47–50.
- Neidhart, Friedhelm (1994): Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt Universität zu Berlin 1990–1993, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von Oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/ Main, S. 33–60.
- Padtberg, Carola (2014): Jugend-Umfrage zur Einheit: Ost und West? Egal! Auf Nord und Süd kommt es an, Spiegel Online, 3.10.2014, <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/deutsche-einheit-umfrage-zur-generation-einheit-a-995056.html> (20.5.2017).
- Pasternack, Peer (1999): Demokratische Erneuerung. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim.
- Rosenthal, Werner (1993): Nun bilden sie Politologen aus, Leserbrief, in: FAZ 3.12.1993.
- Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (Hg.) (2010): Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Band 3: Das zwanzigste Jahrhundert. 1909–2009, Leipzig.
- Wissenschaftsrat (1993): Stellungnahme zu den naturwissenschaftlichen Fachbereichen der Universitäten in Berlin und Brandenburg.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-59-5

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens vor allem in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: www.diehochschule.de >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

Abbildung vordere Umschlagseite: Unterricht in Datenverarbeitung mit „Robotron“-Computer in einer Schule in Dresden im Jahre 1979, Quelle: akg-images / Straube

Einszweivierpunktnull

Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Das elektronische Hochschulökosystem7

Dirk Baecker:

Agilität in der Hochschule.....19

Niels Taubert:

Kommunitaristische und kommerzielle Trägerschaft digitaler
Informationsinfrastruktur in der Wissenschaft29

Gunnar Auth:

Campus-Management-Systeme. Prozessorientierte Anwendungs-
software für die Organisation von Studium und Lehre.....40

Oliver Haude, Markus Toschläger:

Digitalisierung allein löst keine Organisationsprobleme.
Warum Einführungsprojekte von Campus-Management-Systemen
mehr als nur IT-Projekte sind59

Martin Wimmer:

IT-Governance an Hochschulen. Notwendigkeit, Stand und
Wege zum Erfolg70

Steffen Zierold, Peggy Trautwein:

Digitalisierung und Ent-/Bürokratisierung83

Klaus Wannemacher:

Digitalisiertes Lehren und Lernen als organisationales Problem
in den deutschen Hochschulen99

Mathias Winde:

Hochschulbildung 4.0 als Herausforderung für die Organisation
des Studiums und die Institution Hochschule.....111

Sebastian Schneider:

(Aus)Bildungsvoraussetzungen digitalisierter Arbeit.....120

FORUM

Christian Warnecke:

Wissenstransfer aus Hochschulen. Methodik und Ergebnisse
einer bundesweiten Professorenbefragung 135

GESCHICHTE

Barbara Marshall:

Die Ostdeutschen als ‚Verlierer‘ der deutschen Einheit:
Wirklichkeit oder Cliche? Ost- und Westdeutsche im
Gründungsprozess der Universität Potsdam 148

Axel Gzik:

Auf dem Weg zur Universität. Weichenstellungen
an der Pädagogischen Hochschule Potsdam 1989/90 166

PUBLIKATIONEN

Rezension: Mirjam Müller: Karriere nach der Wissenschaft.
Alternative Berufswege für Promovierte (*René Krempkow*) 176

Peer Pasternack, Daniel Hechler:

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945 180

Autorinnen & Autoren 192

Autorinnen & Autoren

Gunnar Auth, Prof. Dr. oec., Professor für Wirtschaftsinformatik, insbes. Informations- und Projektmanagement am Institut für Wirtschaftsinformatik der Hochschule für Telekommunikation Leipzig, Geschäftsführer des Instituts für Bildungs- und Wissenschaftsmanagement Leipzig. eMail: gunnar.auth@ibwm-leipzig.de

Dirk Baecker, Prof. Dr. rer. soc., Soziologe, Inhaber des Lehrstuhls für Kulturtheorie und Management, Dekan der Fakultät für Kulturreflexion an der Universität Witten/Herdecke, Email: dirk.baecker@uni-wh.de

Axel Gzik, Prof. Dr. rer. nat. habil., von 09/1967 bis 09/2009 an der Pädagogischen Hochschule bzw. Universität Potsdam auf den Fachgebieten Biochemie und Pflanzenphysiologie tätig, 1989/1990 Rektor der Pädagogischen Hochschule Potsdam. eMail: axel.gzik@web.de

Oliver Haude, M.Sc., Betriebswirt, Berater der myconsult GmbH. eMail: haude@myconsult.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

René Krempkow, Dr. phil., wissenschaftlicher Referent im Hauptstadtbüro des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Bereich Programm und Förderung, sowie Stabsstelle QM der Humboldt-Universität zu Berlin. eMail: rene.krempkow@hu-berlin.de

Barbara Marshall, PhD, Politikwissenschaftlerin, University of East Anglia, Norwich, 1992 Gastdozentin an der Universität Potsdam. eMail: b.marshall@uea.ac.uk

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Sebastian Schneider M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF). eMail: sebastian.schneider@hof.uni-halle.de

Niels Taubert, Dr. phil., AG Bibliometrie, in Kooperation mit dem Institute for Interdisciplinary Studies of Science (I²SoS) an der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie und der Universitätsbibliothek Bielefeld. eMail: niels.taubert@uni-bielefeld.de

Markus Toschläger, Dr. rer. pol., Diplom-Wirtschaftsingenieur, Seniorberater und geschäftsführender Gesellschafter der myconsult GmbH. eMail: toschlaeger@myconsult.de

Peggy Trautwein, Dipl.-Soz., wissenschaftlicherin Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF). eMail: peggy.trautwein@hof.uni-halle.de

Klaus Wannemacher, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am HIS-Institut für Hochschulentwicklung, Organisationsberater. eMail: wannemacher@his-he.de

Christian Warnecke, Dr. rer. oec., Wirtschaftswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. eMail: christian.warnecke@rub.de

Martin Wimmer, Diplom-Physiker, Leiter des Rechenzentrums der Universität Regensburg, Vorsitzender des Vereins „Zentren für Kommunikation und Informationsverarbeitung in Lehre und Forschung“ (ZKI). eMail: Martin.Wimmer@rz.uni-regensburg.de

Mathias Winde, Dr. phil., Programmleiter für den Bereich Hochschulpolitik und -organisation beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Berlin, Essen). eMail: mathias.winde@stifterverband.de

Steffen Zierold, Dipl.-Soz., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: steffen.zierold@hof.uni-halle.de